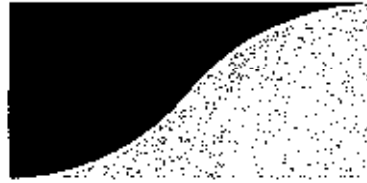


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Hans Krollmann, Finanzminister des Landes Hessen, zu den beabsichtigten Abschreibungs-Vergünstigungen für Wirtschaftsbauten: Wirtschaftspolitischer Flop.
Seite 1

Prof. Dr. Joist Grolle, Senator für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg, zur Problematik der Hochbegabtenförderung: Intelligenz als Ressource?
Seite 2

Peter Kurz MdL weist auf die katastrophalen Verhältnisse an den bayerischen Berufsschulen hin: Keine Perspektive für Auszubildende und ihre Lehrer.
Seite 4

40. Jahrgang / 149 / 8. August 1985

Beschäftigungspolitischer Flop

Die Bonner Abschreibungserleichterungen schaffen keine neuen Arbeitsplätze, belasten aber die Länder

Von Hans Krollmann
Finanzminister des Landes Hessen

Die Bundesregierung hat einen neuen beschäftigungspolitischen Flop aus dem Zylinder gezaubert: Der Entwurf für neue Abschreibungserleichterungen für Wirtschaftsgebäude, der in dieser Woche von den Ministern im Umlaufverfahren gezeichnet wird, sind als Instrument zur Belebung der Baukonjunktur vollkommen untauglich. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Belastungen für die Haushalte von Ländern und Gemeinden durch dieses neue Steuergeschenk an die Unternehmer den gegenteiligen Effekt haben werden: Insbesondere in den Haushalten der Gemeinden werden als Folge der Bonner Entscheidung in den nächsten Jahren Mittel für dringend notwendige Investitionen fehlen.

Die Gesetzesänderung selbst erscheint wenig durchdacht: Es liegt auf der Hand, daß jeder Unternehmer die Errichtung eines Wirtschaftsgebäudes in der Regel langfristig plant und nur dann in Angriff nimmt, wenn dies betriebswirtschaftlich sinnvoll erscheint. Alleine wegen der jetzt vorgesehenen Steuererleichterung wird niemand eine neue Lagerhalle bauen. Deshalb werden die Abschreibungserleichterungen noch nicht einmal ein konjunkturpolitisches Strohfederfeuer entfachen können.

Ebenso wenig ist damit zu rechnen, daß ein Vorzieheffekt bei mittelfristig geplanten Baumaßnahmen entsteht. Dies wäre nur zu erreichen gewesen, wenn man die Steuervergünstigungen zeitlich befristet hätte. Die vom Kabinett beschlossenen Abschreibungserleichterungen sollen jedoch unbefristet gelten. Kostspielige Mitnahmeeffekte für bereits bestehende Investitionspläne werden offenbar in Kauf genommen.

Nach den eigenen Berechnungen der Bonner Koalition kostet dieses zusätzliche Steuergeschenk an die Unternehmer in den Jahren 1986 bis 1989 zusammen rund zehn Milliarden Mark. Etwa zwei Drittel dieser Summe muß aus Länder- und Gemeindekassen beglichen werden. Zusätzliche öffentliche Investitionen zum Beispiel im Bereich Energieeinsparung, Abfallbeseitigung und Abwasserreinigung werden zurückstehen müssen, damit dieses konjunkturpolitisch wirkungslose Steuergeschenk finanziert werden kann.

Geradezu unverfroren mutet es in diesem Zusammenhang an, wenn die Bundesregierung auf der einen Seite die Gemeinden zu verstärkter Investitionstätigkeit auffordert und ihnen auf der anderen Seite die notwendigen Mittel entzieht.

(-/8.8.1985/vo-he/rs)

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

+ + +

Erweitert Umwelt
mit 100% Recycling
Recyclingpapier



Intelligenz als Ressource?

Zur Problematik der Hochbegabtenförderung

Von Professor Dr. Joist Groile
Senator für Schule und Berufsbildung der Freien und Hansestadt Hamburg

Unsere Verantwortung als Pädagogen besteht darin, uns in guten wie in schlechten Zeiten als Anwälte der Entwicklungschancen unserer Kinder zu verstehen. Wenn wir behinderte Kinder fördern, dann tun wir das nicht im Hinblick auf eine Kosten-Nutzen-Rechnung, sondern aus einer Verpflichtung, die mit der Achtung der Menschenwürde zu tun hat. Ähnliches gilt für die Begabtenförderung. Wenn wir als Pädagogen besonders begabte Kinder fördern, dann nicht im Hinblick auf unsere volkswirtschaftliche Bilanz, sondern weil uns derselbe Eros treibt, der bereits Sokrates bei den Gesprächen mit seinen Schülern geleitet hat: Geburtshelferdienste bei der Entwicklung der Gaben unserer Kinder zu leisten.

Eingedenk dieser Verpflichtung erschreckt es, im Zusammenhang mit der Hochbegabtenförderung neuerdings ganz andere Begründungen für unser pädagogisches Tun zu hören. Als 1978 die „Gesellschaft zur Förderung hochbegabter Kinder“ in Hamburg gegründet wurde, konnte man in einer bedeutenden deutschen Wochenzeitung lesen: „Die begabtesten Kinder sind unsere bedeutendste natürliche Energiequelle.“ Im gleichen Jahr begründete ein Pionier der Begabtenforschung in der Bundesrepublik die Relevanz seiner Forschungsrichtung unter anderem mit dem Rückgang des Exports deutscher Patente und Lizenzen.

Inzwischen haben auch einige deutsche Kultusminister den Marktwert der Intelligenz entdeckt. Ich zitiere einen meiner Kollegen: „Natürlich ist die Intelligenz eines Volkes eine Ressource, die wirtschaftlichen Nutzen hat.“ Die Bundesregierung schließlich begründet die Hochbegabtenförderung in unserem rohstoffarmen Land mit der Aussage: „Nur wenn alle vorhandenen Persönlichkeitsressourcen voll entfaltet und eingesetzt werden, hat die Bundesrepublik eine Chance, im internationalen Wettbewerb zu bestehen.“

Wer in Rolf Sternbergers „Wörterbuch des Unmenschen“ nachblättert, wird feststellen, daß der Begriff der „Persönlichkeitsressource“ dort noch nachzutragen ist. Im übrigen ist unerfindlich, wer mit welcher Eile die Persönlichkeitsressourcen eines Volkes messen soll, um sie dann zum Vorteil unserer Volkswirtschaft marktgerecht im internationalen Wettbewerb einsetzen zu können.



Vollends beklemmend wird die volkswirtschaftliche Begründung der Hochbegabtenförderung, wenn man sich die jüngsten Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik vor Augen hält. In der vergangenen Woche wurden die Daten von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bekanntgegeben. Allein im Juli stieg die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 29.200 auf insgesamt 168.500, ein Spitzenwert in der nachkriegsdeutschen Arbeitslosenstatistik. Wenigstens die Hälfte aller dieser jugendlichen Arbeitslosen hat eine vollqualifizierte Berufsausbildung. Wer unter solchen Umständen die Hochbegabtenförderung unter das Vorzeichen volkswirtschaftlicher Ressourcenmobilisierung setzt, der muß sich gut überlegen, mit welcher Begründung er den vor den Türen der Arbeitsämter Schlange stehenden Jugendlichen erklären will, daß in Zukunft einige wenige unter ihnen in handverlesenen Hochbegabtenprogrammen gefördert werden sollen.

Statt die Hochbegabtenförderung als volkswirtschaftliches Optimierungsverfahren anzupreisen, sollte man der Pädagogik ihr Recht zurückgeben: sich um jeden jungen Menschen ohne Rücksicht auf seinen Marktwert zu kümmern.

Vor vier Jahren hat der inzwischen verstorbene bedeutende deutsche Begabungsforscher Heinrich Roth auf die damals in der Bundesrepublik gerade neu aufkommende Hochbegabtdiskussion eine Antwort gegeben, die in meinen Augen auch heute noch Gültigkeit hat. Die Antwort lautet: „Die Richtlinien für unsere Bildungseinrichtungen müssen weiterhin unverändert lauten: Gleichheit und Qualität. Die ständige Verringerung alter und neuer Chancengleichheiten muß das Ziel bleiben. Die Forderung ‚equal and excellent‘ gleichermaßen für die Schulen im Auge zu haben, muß die Essenz aller Schulreform bleiben.“

Niemand wird sich darüber täuschen dürfen, daß dies ein hoher Anspruch ist, den nicht jede unserer Bildungseinrichtungen einlöst. Es kostet jeden Lehrer täglich neue Anstrengung und Phantasie, der Anforderung „Gleichheit und Qualität“ gerecht zu werden. Und keine Schule kann die in dieser doppelten Zielsetzung liegende Spannung durchhalten, wenn sie darin nicht von einer demokratischen Gesellschaft täglich unterstützt wird.

Wir alle, Wissenschaftler und Publizisten, Eltern und Politiker, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, sollten unseren Lehrern helfen, beides zu erreichen: individuelle Entfaltung und demokratische Gemeinsamkeit. Die Erfahrung an vielen unserer Schulen zeigt, daß die Verbindung dieser beiden Ansprüche möglich ist. Die reiche Palette besonderer Wahlangebote und Leistungskurse, die erfreulich zunehmende Beteiligung an zahlreichen Wettbewerben, die außerordentlichen sportlichen, musischen und schauspielerischen Leistungen an vielen unserer Schulen bezeugen, daß die Förderung und Steigerung individueller Anlagen und Interessen in beeindruckendem Umfang gelingen kann, weit über das hinaus, was in früheren Generationen an öffentlichen Schulen für erreichbar galt. Gleichzeitig haben unsere öffentlichen Schulen gegenüber bildungsfernen Schichten, insbesondere auch gegenüber unserer ausländischen Schüler, eine Fähigkeit der Förderung und Integration entwickelt, die Respekt und Anerkennung verdient. Wir sollten das in beiden Hinsichten von unseren Lehrern bewiesene Engagement ermutigen und nicht beim ersten Worteinbruch desavouieren. (-/8.8.1985/rs/fr)

Katastrophale Verhältnisse an bayerischen Berufsschulen

Auszubildende, aber auch ihre Lehrer haben keine Zukunft

Von Peter Kurz MdL

Die Ausbildung an den beruflichen Schulen im kommenden Schuljahr wird von der bayerischen Staatsregierung grob vernachlässigt.

Das Kultusministerium hat, wie jetzt bekannt geworden ist, angesichts des Lehrermangels an beruflichen Schulen über die Regierungen alle Berufsschulen verpflichtet, bei der Planung der Klassenbildung für das kommende Schuljahr den Klassenstand auf den des Schuljahres 1983/84 zurückzufahren. Für manche Schulen bedeutet dies einen Klassenrückgang bis zu zehn und mehr Klassen. Für die Lehrkräfte und die auszubildenden Schülerinnen und Schüler heißt dies, daß mit Klassenstärken von mehr als 40 Schülern gerechnet werden muß.

Dies ist nicht nur pädagogischer Unsinn, sondern auch ein pädagogischer Offenbarungseid im beruflichen Schulwesen. Obwohl Tausende von ausgebildeten Lehrern, insbesondere aus dem Bereich der allgemeinbildenden Fächerverbindungen, zur Verfügung stehen würden, wird hier nur noch der Notstand verwaltet. Ich habe daher die Staatsregierung aufgefordert, keine Klassenfrequenzen über 35 zuzulassen, da dies ohnehin schon die Grenze des Zumutbaren übersteigt. Weiter habe ich die Berücksichtigung besonderer pädagogischer Erfordernisse im Bereich der einzelnen Fachrichtungen an beruflichen Schulen und die sofortige Zurücknahme dieser unsinnigen Anordnung gefordert.

Hinzu kommt, daß mit ausgebildeten Junglehrern Schindluder getrieben wird. Insbesondere die Lage in dem vor einigen Jahren eigens neugeschaffenen Ausbildungszweig mit dem Fach Sozialpädagogik in Verbindung mit anderen Fächern wie Sozialkunde, Deutsch, Englisch und so weiter ist nun, da in diesem Jahr die ersten Prüfungsabsolventen zur Anstellung anstehen, verheerend. Diejenigen, die eigens für diese Fachrichtung angeworben wurden, stehen nun fast alle auf der Straße. Im Februar 1985 wurden lediglich vier Bewerber übernommen, zum Herbst 1985 nur noch zwei. Auch Noten, die besser als „Zwei“ sind, nützen nichts, denn das Finanzministerium hat im Zuge der Haushaltsberechnungen die Planstellen weiter zusammengestrichen.

Im nächsten Jahr wird die Einstellungssituation noch schlimmer sein. Es wird möglicherweise nicht einmal mehr der/die Prüfungsbeste in den Schuldienst übernommen werden. Wenn dann gleichzeitig Tausende Lehrkräfte an den beruflichen Schulen fehlen und Mehrarbeitsstunden und nebenamtlicher beziehungsweise nebenberuflicher Unterricht über 20.000 Wochenstunden abdecken muß, so fragt man sich, welchen Wert die CSU-Staatsregierung eigentlich einer halbwegs vernünftigen Ausbildung der Berufsanfänger und Auszubildenden beimißt. Da wird das Abstellgleis Hauptschule mit der beruflichen Weiterführung erneut dokumentiert.

(-/8.8.1985/vo/rs)

+ + +

